

Prozent und mehr), und umgekehrt niedrige Anteile der Versorgungsklassen, sind bzw. waren zu beobachten (a) in stark kapitalistisch-marktorientierten Gesellschaften, wie etwa den USA, (b) in den ehemaligen staatssozialistischen Gesellschaften. Eher niedrige Erwerbsquoten (etwa 40–45 Prozent) und hohe Quoten von Versorgungsklassen bestehen dagegen vor allem in den kontinental- und südeuropäischen Wohlfahrtsstaaten (vgl. *Tabelle 6.4*, S. 261).

Kann man hinter dieser vielfältigen Struktur von Versorgungsklassen relativ umfassendere, konsistente soziale Klassenlagen erkennen? Die »neue« Ungleichheitsdimension zwischen Erwerbs- und Versorgungsklassen interagiert stark mit der traditionellen klassen- und schichtspezifischen, vertikal strukturierten Formen der Ungleichheit. Das Resultat ist, dass die neuen, am deutlichsten als benachteiligt erkennbaren gesellschaftlichen Gruppen genau jene sind, die von beiden Formen sozialer Diskriminierung betroffen sind. Es sind dies – wie im Folgenden und in Kapitel 9 (S. 373ff.) gezeigt wird – unter den sozialstaatlichen Versorgungsklassen vor allem alte Menschen (darunter wieder Frauen), die früher in Arbeiter- und anderen benachteiligten Berufen tätig waren; sie haben die niedrigsten Pensionen bzw. Renten und müssen im Fall von Pflegebedürftigkeit in öffentliche Heime gehen (Blinkert 2005). Von Arbeitslosigkeit sind vor allem wenig Gebildete betroffen; in Gefängnissen sind Angehörige unterer Schichten überrepräsentiert (die *white collar-Kriminalität* von Managern usw. wird im Interesse der Unternehmer häufig intern »geregelt«); ausländische Arbeitnehmer mit geringer Bildung oder aus ärmeren Ländern werden viel stärker benachteiligt als solche mit hoher Bildung oder aus dem Raum der alten EU; wenig Gebildete können sich politisch viel schlechter artikulieren und durchsetzen als – auf der anderen Seite – Akademiker, Personen in höheren Positionen, Beamte usw.

#### 6.4 Die Entwicklung von Beschäftigung und Arbeitslosigkeit in Österreich (1950–2005)

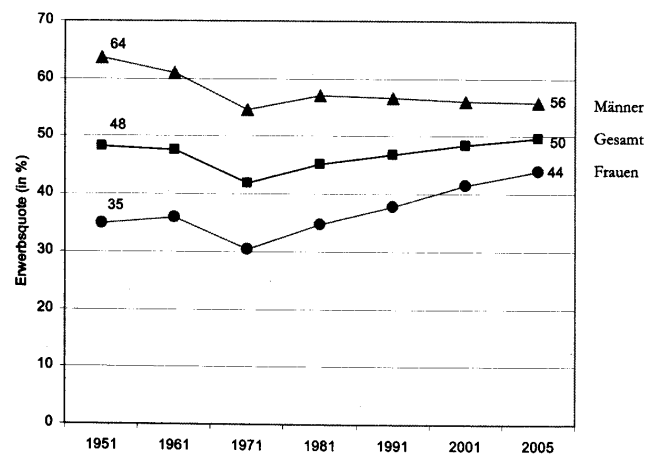
Eine der wichtigsten Formen sozialer Ausschließung ist die Arbeitslosigkeit. Arbeitslosigkeit bedeutet nicht nur ökonomische Deprivation (Wegfall eines eigenen Einkommens), sondern auch persönliche und soziale Benachteiligung (Verlust an sozialen Kontakten und Abwechslung, an zeitlicher Strukturierung des Alltags, Einbußen im Selbstwertgefühl usw.; vgl. dazu Jahoda et al. 1960; Wacker 1977; Marsh/Alvaro 1990; Zilian 1990). Vier Aspekte des Problems der Arbeitslosigkeit werden im Folgenden anhand sozialstatistischer Daten behandelt:

- die allgemeine Entwicklung der Teilnahme am Erwerbsleben;
- die Entwicklung der Erwerbsarbeit älterer Menschen und der Arbeitszeit; beides kann man als »Strategien zur Umverteilung von Arbeit« bezeichnen;
- die Entwicklung der Arbeitslosigkeit;
- das schicht- und generationspezifische Risiko, von Arbeitslosigkeit betroffen zu werden.

##### *Die Entwicklung der Teilnahme am Erwerbsleben*

Beantworten wir zunächst die oben thematisierte Frage, welcher Anteil von Personen unter der Gesamtbevölkerung überhaupt in das Erwerbsleben integriert ist. *Abbildung 6.3* zeigt, dass im Jahre 2005 knapp die Hälfte – 49 Prozent – aller Österreicher zur Erwerbsbevölkerung (Berufstätige und Arbeitslose) zu rechnen waren. Ein relativ hoher Anteil war schon 1951 zu beobachten (48 Prozent), während er zwischenzeitlich, vor allem um die 1970er Jahre, deutlich niedriger lag. Es gibt drei große Gruppen von Nichterwerbstätigen: die Rentner, die Kinder, Schüler und Studenten – je etwa ein Fünftel der Bevölkerung, sowie die haushaltsführenden Personen (größtenteils Hausfrauen).

*Abbildung 6.3: Erwerbsquoten 1951 bis 2005 nach Geschlecht (in Prozent)*



Erwerbsquote hier: Anteil der Erwerbspersonen an der gesamten Wohnbevölkerung

*Quellen:* 1951–2001: Statistisches Jahrbuch Österreichs 2007, S. 194, Tabelle 7.04; Datenbasis: Volkszählungsergebnisse (1951–1991), Mikrozensus-Arbeitskräfteerhebung (spätere Jahre)

Tabelle 6.3: Beschäftigung und Arbeitsmarkt nach Geschlecht, 1950–2005

Jahr	Arbeitskräftepotential <sup>1</sup>	Unselbständig Beschäftigte <sup>2</sup>	davon Frauen	Vorgemerkte Arbeitslose	Arbeitslosenquote <sup>3</sup>	Offene Stellen
	in 1.000	in 1.000	Prozent		Prozent	
1950	2.075	1.946	-	128.745	6,2	25.187
1955	2.200	2.203	34,8	121.727	5,5	24.551
1960	2.369	2.281	35,8	87.196	3,7	35.280
1965	2.447	2.381	37,0	65.514	2,7	41.888
1970	2.447	2.389	36,9	58.444	2,4	45.280
1975	2.712	2.656	38,8	55.464	3,5	31.209
1980	2.841	2.788	40,0	53.161	1,9	36.470
1985	2.899	2.759	40,9	139.447	4,8	22.273
1990	3.091	2.925	41,3	165.795	5,4	55.622
1995	3.285	3.070	42,7	215.716	6,6	24.986
2000	3.327	3.133	43,9	194.314	5,8	35.495
2005	3.481	3.229	46,1	252.654	7,3	26.209

<sup>1</sup> Erwerbstätige und Arbeitslose

<sup>2</sup> ab 1990: gleitender Durchschnitt

<sup>3</sup> Arbeitslosenquote: Anteil der Arbeitslosen am Arbeitskräftepotential

Quellen: 1955: Statistisches Handbuch für die Republik Österreich 1970, S. 240f.; Tabelle 22.01; Republik Österreich 1945–1995, S. 89, Grafik 3.1; 1965 und 1975: Statistisches Handbuch für die Republik Österreich 1980, S. 300, Tabelle 22.01; Übrige Jahre: Statistisches Jahrbuch Österreichs 2007, S. 197, Tabelle 7.06; Daten: AMS, HV der Sozialversicherungsträger

Im längerfristigen Vergleich zeigt sich ein sehr deutlicher Trend: der Anteil der Rentner und Pensionisten, der »staatlichen Versorgungsklassen, nimmt sehr stark zu (er verdoppelte sich seit 1951), jener der traditionellen Versorgungsklassen nimmt ab.

Betrachtet man die *Erwerbsquote der arbeitsfähigen Bevölkerung* (15- bis 64jährige), so zeigt sich, dass diese im Jahre 2004 in Österreich bei Männern 77 Prozent, bei Frauen 63 Prozent betrug (Tabelle 6.4). Auch zeigt sich bei Männern eine deutliche Abnahme, bei Frauen dagegen eine leichte Zunahme. Im europäischen Vergleich liegt Österreich damit etwa im Mittelfeld. In Nordeuropa betragen die Erwerbsquoten von Männern und Frauen 2004 jeweils rund 79 bzw. 71 Prozent, in Südeuropa sind sie bei Frauen etwas niedriger (55 Prozent, bei Männern etwa gleich). Deutlich höhere Werte als Österreich weisen Länder wie Schweden (81 bzw. 76 Prozent), Großbritannien (83 bzw. 69 Prozent), die Schweiz (88 bzw. 74 Prozent) und die USA (82 bzw. 69 Prozent) auf.

Wir können als Haupttendenz in dieser Hinsicht also festhalten: Es lässt sich im abgelaufenen halben Jahrhundert ein Trend zur Verallgemeinerung von außerhäuslichen Erwerbsverhältnissen feststellen in der Hinsicht, dass nun auch Frauen zusehends in den Arbeitsmarkt einsteigen. War die Erwerbsquote von

Tabelle 6.4: Erwerbsquoten der 15- bis 64-Jährigen in ausgewählten Ländern und Regionen Europas, den USA und Japan nach Geschlecht, 1980 und 2004

	Insgesamt		Männer		Frauen	
	1980	2004	1980	2004	1980	2004
Nordeuropa <sup>1</sup>	74,0	75,1	73,8	79,6	60,7	70,7
Dänemark	79,9	80,2	88,4	84,2	71,3	76,1
Schweden	77,4	78,7	85,4	80,7	69,3	76,6
Großbritannien	73,1	76,2	89,2	83,1	57,0	69,6
West-/ Zentraleuropa <sup>2</sup>	68,0	71,4	84,2	78,7	53,3	64,1
Österreich	69,2	70,2	84,9	77,1	54,4	63,5
Deutschland	71,2	72,4	86,5	79,1	56,2	66,1
Schweiz	70,8	81,0	89,9	88,0	51,9	73,9
Frankreich	68,5	69,5	81,6	75,3	55,2	63,7
Niederlande	59,9	76,6	81,0	83,9	38,2	69,2
Süd-/ Südosteuropa <sup>3</sup>	61,2	66,2	83,0	77,2	39,9	55,3
Spanien	58,2	69,7	84,5	81,6	32,5	57,7
Italien	60,3	62,5	81,9	74,5	39,2	50,6
Slowenien	74,4	69,8	81,9	74,5	67,0	65,0
USA	71,0	75,4	83,8	81,9	58,2	69,2
Japan	68,9	72,2	86,1	84,2	52,1	60,2

2004: Labour Force Participation Rate: Anteil der Erwerbspersonen (Arbeitskräfte: Erwerbstätige und Erwerbslose) an der Bevölkerung im arbeitsfähigen Alter (15- bis 64-Jährige)

<sup>1</sup> Dänemark, Estland, Lettland, Litauen, Finnland, Island, Irland, Norwegen, Schweden, Großbritannien

<sup>2</sup> Belgien, Frankreich, Deutschland, Österreich, Schweiz, Luxemburg, Niederlande

<sup>3</sup> Albanien\*, Bosnien\*, Kroatien, Slowenien, Griechenland, Mazedonien\*, Jugoslawien\*, Italien, Spanien, Portugal, Malta (\* nur 1980)

Quellen: 1980: World Labour Report 2000, S. 269f, Table 4; 2004: OECD Employment Outlook 2005, S. 238f, Table B; vgl. <http://epp.eurostat.cec.eu.int> (14.12.2005); Datenbasis: European Labour Force Survey (EU LFS)

Männern um 1951 noch doppelt so hoch wie jene der Frauen, beträgt der Unterschied 1999 nur mehr 16 Prozent. Zugleich mit dieser Vereinheitlichung hat sich jedoch auch eine Angleichung in so ferne vollzogen, als Männer nun nicht mehr so lange erwerbstätig sind wie früher; wie wir im folgenden sehen werden, ist dies der Hauptgrund für ihre gesunkene Erwerbsquote.

#### Die Entwicklung der Erwerbsarbeit älterer Menschen und der Arbeitszeit

Im Hinblick auf die Beschäftigungsquote von älteren Menschen zeigt sich statistisch sehr deutlich, was immer wiederkehrende Aktionen der österreichischen Regierungen in der Vergangenheit als ganz bewusste Politik betrieben haben. Staatsbedienstete, aber auch Beschäftigte in der Privatwirtschaft, die noch in einem sehr rüstigen Alter standen, wurden frühzeitig in die Pension geschickt,

um damit bei Lohnzahlungen zu sparen und/oder Plätze für jüngere, meist viel geringer bezahlte Arbeitskräfte zu schaffen.

Tabelle 6.5: Geschlechtsspezifische Erwerbsquoten<sup>1</sup> von 55- bis 64-Jährigen in ausgewählten Ländern, 1960 und 2005

Jahr	Männer				Frauen			
	1960 <sup>2</sup>		2005 <sup>3</sup>		1960		2005 <sup>3</sup>	
	55-59	60-64	55-59	60-64	55-59	60-64	55-59	60-64
Schweden	92,3	82,5	85,4	65,1	31,3	21,5	79,5	57,0
Großbritannien	95,3	88,6	68,3		54,2	23,9	49,0	
Frankreich	85,3	71,1	67,7	19,0	42,8	34,2	56,2	16,2
Deutschland	88,7	72,3	82,0	40,6	32,8	20,9	64,4	23,0
<b>Österreich</b>	<b>87,0</b>	<b>66,0</b>	<b>65,2</b>	<b>20,2</b>	<b>40,1</b>	<b>19,8</b>	<b>39,0</b>	<b>8,3</b>
Italien	83,7	53,6	57,4	28,8	16,8	12,8	32,2	9,4
Spanien	86,5	74,2	75,4	48,8	24,2	16,3	37,7	20,4
USA	88,9	77,1	77,6	58,0	40,7	29,4	65,6	45,8
Japan	90,2	83,0	93,6	70,3	47,4	39,3	60,0	40,1

<sup>1</sup> Anteile der Erwerbspersonen an der Gesamtbevölkerung derselben Altersklasse in Prozent

<sup>2</sup> F: 1962; D, Ö, I: 1961; <sup>3</sup> F: 2004; GB: 2002

Quellen: 1960: ILO, Yearbook of Labour Statistics 1945-1989, S. 50ff, Table 1; 2005 (GB): Eurostat Dataset »Arbeitsmarkt/Beschäftigung [...] /LFS Hauptindikatoren« unter <http://epp.eurostat.ec.eu.int> (20.12.2006); 2005 (restliche Länder): ILO, Yearbook of Labour Statistics 2006, Table 1A

Tabelle 6.5 zeigt, dass Österreich 2005 im Anteil der nicht mehr berufstätigen Männer zwischen 55 und 59 Jahren mit 69 Prozent, und überhaupt nur 20 Prozent bei den 60 bis 64jährigen Männern – einer Teilgruppe der vielfach noch sehr rüstigen »jungen Alten« –, eine »Spitzenstellung« unter fortgeschrittenen Ländern einnimmt. Relativ hohe Werte von Frühpensionisten weisen auch Italien und Frankreich auf; deutlich länger arbeiten die Männer in Deutschland, besonders aber in den USA, Schweden oder Japan; hier sind rund nahezu 90 Prozent aller Männer zwischen 55 und 60, und 60 bis 75 Prozent aller Männer zwischen 60 und 65 noch berufstätig.

Tabelle 6.6 zeigt noch die Resultate einer weiteren Strategie, die ohne Zweifel wesentlich zu einer Abfederung der beschäftigungsvernichtenden Effekte des technologisch induzierten Produktivitätswachstums beigetragen hat. Wir sehen hier, dass die meisten Österreicherinnen und Österreicher heute de facto nur mehr 36 bis 40 Stunden pro Woche arbeiten, bei Frauen ein gutes Drittel noch weniger (Teilzeitarbeit). Einzig die Selbständigen und freiberuflich Tätigen fallen stark aus diesem Muster; bei einem Viertel bis einem Drittel von ihnen liegt die wöchentliche Arbeitszeit sogar über 60 Stunden.

Österreich lag um 2003 auch im Hinblick auf die Arbeitszeit in der Industrie mit durchschnittlich 36,7 Wochenstunden eher im unteren Bereich der fortgeschrittenen Länder. Etwa gleich hoch war diese Zahl in Frankreich, Schweden und Spanien; etwas höher war sie in Deutschland, Schweden und Japan (37-38 Stunden), deutlich höher in

der Schweiz und den USA (41 Stunden). Extrem hoch war sie z.B. in Südkorea (48 Stunden).

Tabelle 6.6: Arbeitszeit der Erwerbstätigen nach beruflicher Position und Geschlecht (2003)

Wöchentliche Normalarbeitszeit <sup>1</sup>	Arbeiter		Angestellte, Beamte		Selbständige u. Mithelfende Landwirtschaft		Andere Selbständige u. Mithelfende		Erwerbstätige insgesamt	
	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen
	in Prozent									
1-11	0,5	6,2	0,8	3,1	1,2	2,0	1,3	5,6	0,7	4,0
12-24	1,3	20,8	1,7	16,9	5,0	8,6	3,7	13,5	1,9	17,2
25-35	1,2	15,5	2,1	14,9	4,7	9,1	4,4	12,2	2,0	14,6
36-39	37,7	17,9	31,2	21,5	1,1	1,4	5,1	6,4	30,3	18,6
40	55,5	37,2	54,7	40,3	17,5	24,5	33,0	35,1	51,4	38,3
41-59	2,9	1,9	7,0	2,8	19,1	20,8	24,1	13,3	7,4	4,1
60 und mehr	1,0	0,6	2,5	0,6	51,4	33,7	28,4	13,9	6,4	3,2
Zusammen	100,1	100,1	100,0	100,1	100,0	100,1	100,0	100,0	100,1	100,0
Erwerbstätige insg. (in 1.000)	916,4	396,0	871,4	1.015,6	82,8	80,5	205,7	107,9	2.076,3	1.600,1
	1.312,4		1.887,1		163,4		313,6		3.676,5	

<sup>1</sup> Bei Unselbständigen: Die durch Gesetz, Einzel-/Kollektivvertrag oder betriebliche Regelung festgesetzte wöchentliche Arbeitszeit; bei Selbständigen und Mithelfenden: Die durchschnittliche wöchentliche Arbeitszeit der letzten vier Wochen vor der Mikrozensus-Befragung.

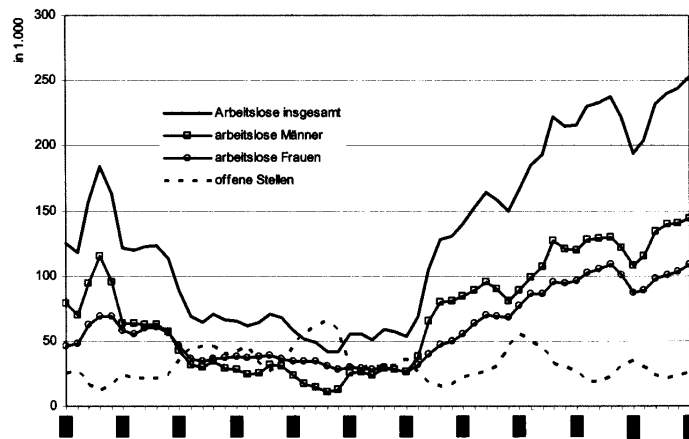
Quelle: Statistisches Jahrbuch 2005, S. 190, Tabelle 7.17; Datenbasis: Mikrozensus 2003, Jahresdurchschnitt

Als Fazit aus diesen Daten lässt sich festhalten: Frühpensionierung und Arbeitszeitentwicklung folgen in Österreich einem wohlfahrtsstaatlichen Muster, das Beschäftigungsprobleme nicht »offensiv«, durch aktive Arbeitsmarktpolitik, starke Förderung der Frauenerwerbstätigkeit usw. zu lösen sucht wie etwa die skandinavischen Wohlfahrtsstaaten. Vielmehr kann man einerseits, in Anlehnung an Esping-Andersen (1990, 1998), von einem »konservativen« Muster sprechen, das die traditionelle Familie stärkt durch Maßnahmen zur Unterstützung von Frauen, die es vorziehen, sich nur der Familie und der Kindererziehung zu widmen. Andererseits ist es offenkundig, dass die klassenspezifischen Interessen und Akteure – gewerkschaftlich stark organisierte Arbeitnehmer im öffentlichen und privaten Sektor, Unternehmer – ihren Teil dazu beigetragen haben, dass bestehende Beschäftigungsverhältnisse stark geschützt werden. Dass insgesamt dennoch eine relativ dynamische Beschäftigungsentwicklung stattfand, lässt sich neben wirtschaftlichen Faktoren (Eröffnung neuer Absatzmärkte im Ausland als Folge der europäischen Integration und der Ostöffnung) auch auf die starke Einbeziehung von Frauen in das Erwerbsleben sowie einen verstärkten Zuzug ausländischer Arbeitnehmer zurückführen.

### Die Entwicklung der Arbeitslosigkeit

Aus *Abbildung 6.4* wird ersichtlich, dass Arbeitslosigkeit nichts Neues ist, sondern eher die Vollbeschäftigung von etwa 1960 bis 1980 die Ausnahme darstellt. Seit Anfang der 1980er Jahre lässt sich ein kontinuierliches Steigen der Arbeitslosigkeit beobachten. Dass diese Hunderttausende von Arbeitssuchenden alles andere als »Sozialschmarotzer« sind, zeigt die gleichzeitige Entwicklung der Zahl der offenen Stellen, die sich seit Mitte der 60er Jahre praktisch nicht mehr erhöhte. Das heißt, dass heute den 240.000 Arbeitslosen nur rund 25.000 offene Stellen gegenüberstehen – auf jede Stelle also zehn Arbeitssuchende kommen.

Abbildung 6.4: Amtlich registrierte Arbeitslose und offene Stellen, 1950 bis 2005



Jahresdurchschnitte der vorgemerkten Arbeitslosen und offenen Stellen

Quellen: 1950: Statistisches Handbuch für die Republik Österreich 1951, S. 198ff 1951–1969: Statistisches Handbuch für die Republik Österreich 1970, S. 240, Tabelle 22.01; Wirtschafts- und Sozialstatistisches Handbuch 1945–1969, S. 248 u. 289 1970–1979: Statistisches Handbuch für die Republik Österreich 1980, S. 300, Tabelle 22.01.80–1989: Statistisches Handbuch für die Republik Österreich 1990, S. 114, Tabelle 7.03 1990–1998: Statistisches Jahrbuch Österreichs 1999/2000, S. 164, Tabelle 7.03 1999–2003: Statistisches Jahrbuch Österreichs 2005, S. 182, Tabelle 7.03 2004–2005: WISO-Taschenbuch 2006, S. 161ff. und S. 170

International – vor allem im europäischen Vergleich – gesehen, steht Österreich im Hinblick auf die Arbeitslosigkeit heute damit zwar immer noch relativ gut da; allerdings liegt die Rate von 7,1 Prozent (2004) nicht mehr wesentlich unter dem Durchschnitt der alten EU-Mitglieder. In den Ländern der EU-15 variierte die Arbeitslosigkeit im Jahre 2004 zwischen drei und vier Prozent.

Relativ gut schneidet Österreich im Hinblick auf die besonders gravierende Langzeitarbeitslosigkeit ab (Langzeitarbeitslose sind alle Personen, die ein Jahr oder länger

arbeitslos sind): Deren Anteil beträgt hierzulande etwa ein Fünftel, dagegen in Ländern wie Italien, Belgien, Großbritannien und Spanien 40 Prozent und mehr.

Weit weniger gut sieht es jedoch aus, wenn man die Entwicklung der Arbeitslosigkeit in den letzten beiden Jahrzehnten betrachtet. Seit 1980 verzeichnet Österreich – ähnlich wie Deutschland – einen kontinuierlichen Anstieg. Dem stehen Länder wie Großbritannien, Irland und Spanien, aber auch die Niederlande und Schweden gegenüber, denen es gelungen ist, z.T. sehr hohe Raten der Arbeitslosigkeit deutlich zu senken.

### Arbeitslosigkeit als generations- und klassenspezifische Diskriminierung

Als vierter Aspekt des Problems der Beschäftigung nannten wir das unterschiedliche Risiko, von Arbeitslosigkeit betroffen zu werden. Relevante soziale Merkmale sind hier vor allem Geschlecht, Alter und Bildung.

Hier wird aus *Tabelle 6.7* zunächst sehr deutlich sichtbar, dass Frauen nicht stärker von Arbeitslosigkeit betroffen sind; seit 2000 liegt ihre Arbeitslosenquote eher unter jener der Männer. Nur in einzelnen Altersgruppen (z.B. bei 55 bis 60jährigen) liegt sie bei Frauen etwas höher.

Tabelle 6.7: Arbeitslosenquoten<sup>1</sup> nach Geschlecht und Alterskategorien, 1970 und 2003

Alterskategorie	1970			2003		
	Insgesamt	Männer	Frauen	Insgesamt	Männer	Frauen
15 bis unter 19	2	1,5	2,5	7,0	6,5	7,9
19 bis 29	2,3	1,3	3,8	5,5	6,0	5,0
30 bis 39	1,2	0,9	1,6	3,5	3,2	3,8
40 bis 49	0,9	0,9	1,0	3,4	3,3	3,5
50 bis 59	1,2	1,3	1,1	5,0	5,3	4,5
60 bis 64	1,3	1,5	0,7	4,5	5,6	2,0
65 und älter	0,2	0,2	-	-	-	-
Insgesamt	1,4	1,1	1,9	4,2	4,3	4,2

<sup>1</sup> Anteil der Arbeitslosen an der erwerbstätigen Bevölkerung (Selbständige und unselbständig Beschäftigte) der jeweiligen Altersgruppe

Quellen: 1970: Statistisches Handbuch für die Republik Österreich 1971, S. 280, Tabelle 22.21; 2003: Mikrozensus Jahresergebnisse 2003, S. 70f, Tabelle 4.

Dagegen zeigen sich sehr deutliche altersspezifische Unterschiede: Abgesehen von einem kleinen »Zwischenhoch« bei der Altersgruppe der 19 bis unter 25jährigen zeigt sich ein sehr deutlicher Anstieg der Arbeitslosigkeit bei Menschen ab 50 Jahren. Wir sehen hier also eine zusätzliche Diskriminierung der älteren Menschen: Nicht nur werden sie häufig veranlasst, sehr früh in den Ruhestand zu gehen – wenn sie dies nicht tun oder tun können, sind sie besonders stark von Arbeitslosigkeit betroffen.

Eine weitere, in diesem Fall eindeutig klassen- bzw. schichtspezifische Diskriminierung zeigt *Tabelle 6.8*: Nahezu die Hälfte aller Arbeitslosen verfügt

lediglich über eine Pflichtschulbildung, weitere 36 Prozent über einen Lehrabschluss. Zusammen machen diese beiden Gruppen 82 Prozent aller Arbeitslosen aus, was weit über ihrem Anteil an allen Erwerbstätigen liegt. Das hohe Risiko, von Arbeitslosigkeit betroffen zu werden, ist bei diesen Gruppen aber in hohem Maße nicht nur ein Mangel an »Humankapital«, sondern Folge eines »Verdrängungsprozesses nach unten«. In *Tabelle 6.8* zeigt sich auch, dass im Laufe eines Jahres de facto doppelt so viele Menschen von Arbeitslosigkeit betroffen sind, als es die Arbeitslosenstatistik zeigt, die jeweils nur den Bestand an Arbeitslosen zu einem Stichtag angibt. Es waren dies im Jahre 2004 nicht weniger als 778.431 Menschen!

*Tabelle 6.8: Arbeitslose und offene Stellen nach höchster abgeschlossener Schulbildung, 2002/2004*

Höchster Schulabschluss	Arbeitslose (# 2004)		von Arbeitslosigkeit im Jahr 2004 Betroffene		Offene Stellen (# 2002)	
	absolut	in Prozent	absolut	in Prozent	absolut	in Prozent
Kein Abschluss, Pflichtschule	110.909	45,5	329.343	42,3	11.414	49,2
Lehre/ Meisterprüfung	88.528	36,3	303.624	39,0	9.392	40,5
Berufsbildende u.a. mittlere Schulen	14.200	5,8	45.971	5,9	893	3,9
BHS	12.730	5,2	44.752	5,8	803	3,5
AHS	7.534	3,1	21.863	2,8	512	2,2
Hochschule	8.998	3,7	29.109	3,7	176	0,7
Ausbildung ungeklärt	980	0,4	3.769	0,5	0	0,0
Insgesamt	243.879	100	778.431	100	23.190	100

*Quelle:* 2002: WISO-Taschenbuch 2003, S. 169; WISO-Taschenbuch 2005, S. 179 und 184; Datenbasis: AMS Österreich

Auch diese Daten widersprechen eindeutig der These der deutschen Sozialstrukturtheoretiker von den angeblich neuen, nicht-vertikalen Formen sozialer Ungleichheit.

## Resümee

Die Theorien der »postindustriellen Gesellschaft« beschreiben den sozioökonomischen Strukturwandel als einen relativ harmonischen, friktionslosen Übergang zu dynamischen und prosperierenden modernen »Wissensgesellschaften«, in denen der Großteil der Beschäftigten in qualifizierten Berufen tätig ist. Dieser Sicht ist eine kritische Perspektive entgegenzuhalten, die aufzeigt, dass der technologisch-ökonomische Fortschritt von gesellschaftlich-politischen Kräften ge-

steuert wird, wobei in aller Regel nicht nur Gewinner, sondern auch Verlierer produziert werden. Der Umfang und die soziale Lage der letzteren ist auch eine Folge strategischer Formen der sozialen Ausschließung, unter denen Arbeitslosigkeit besonders hervorsteht. Diese und andere Formen ökonomischer Ausschließung sind ihrerseits eng verknüpft mit einer neoliberalen Umorientierung der Wirtschaftspolitik (Mesch 2005, S. 304ff.). Daneben gibt es auch Prozesse der sozialen, kulturellen und politischen Ausschließung, die sehr große Gruppen der inländischen Bevölkerung betreffen, oder die eine Benachteiligung sozial schwacher Minderheiten (Behinderte, Pflegebedürftige, Ausländer) implizieren. Die damit verbundene Entstehung breiter, neuer Versorgungsklassen ist als ein sehr bedeutender und mit negativen Konsequenzen verknüpfter sozialstruktureller Trend der jüngsten Zeit zu sehen. Die kontinuierliche Verlängerung der schulischen Ausbildung und »Verwahrung« und die Aussonderung weniger produktiver Mitglieder der Gesellschaft in Sonderschulen, Heime usw. bedeutet nicht nur einen Verzicht auf ein produktives Humankapital und -potenzial. Sie stellt auch für die Betroffenen eine Einbuße an Lebensqualität und Restriktion von Entfaltungsmöglichkeiten dar. Gefördert wird das Wachstum der Versorgungsklassen sowohl durch den Wohlstandszuwachs der privaten Haushalte wie durch den kontinuierlichen Ausbau sozialstaatlicher Versorgungsleistungen und -ansprüche.